Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katja Hessel, Christian Dürr, Renata Alt, Dr. Marco Buschmann, Karlheinz Busen, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Alexander Müller, Dr. Stefan Ruppert, Christian Sauter, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Michael Theurer, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Steuer auf Bargeld und Euro-Parallelwährungen

Im Zuge einer Neuaufstellung des europäischen Spitzenpersonals wird es auch zu einem Wechsel in der Europäischen Zentralbank (EZB) kommen. Dieser könnte nach Ansicht der Fragsteller bereits bestehende Ideen zur Geld- und Ausgabenpolitik wieder in den Fokus der Debatte rücken.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Vorschlägen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank, Bargeld mit einer Steuer zu belegen?
2. Unterstützt die Bundesregierung die Idee der Bargeldabwertung auf europäischer oder nationaler Ebene?
3. Ist es ein Ziel der Bundesregierung, die Bargeldzahlung zugunsten der Kartenzahlung einzudämmen?
4. Hat die Bundesregierung Schätzungen, ob, und wenn ja, in welcher Höhe die Schäden bei den Sparern infolge der fortgeführten Negativzinspolitik liegen?
5. Ergreift die Bundesregierung Maßnahmen, um die Kartenzahlung und die dafür nötigen technischen Voraussetzungen, wie beispielsweise einen Internetzugang, zu verbessern, und wenn ja, welche?
6. Plant die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen in die Währung Euro zu stärken?
7. Wenn ja, welche Maßnahmen sind das?
8. Wenn nicht, gibt es Gründe, wieso keine Maßnahmen geplant sind?
9. Wie bewertet die Bundesregierung aus dem Vorschlag des IWFs und der EZB, zwei Währungen mit festem Umtauschkurs zu schaffen, in der die eine das Euro-Bargeld und die andere die Euro-E-Reserven darstellen würden?

10. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der geplanten Praxis in Italien, nach der mit sogenannten Mini-Bots eine Parallelwährung durch Steuerschuldscheine geschaffen werden soll?
11. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag der italienischen Regierung zu einer nationalen, auf die landesspezifischen Gegebenheiten angepassten, Parallelwährung mit flexiblen Wechselkursen?
Hat die Bundesregierung vor, den Vorschlag auch für die Bundesrepublik Deutschland zu prüfen?
12. Erwägt oder prüft die Bundesregierung, private Parallelwährungen, wie beispielsweise Kryptowährungen, als offizielle Zahlungsmittel zuzulassen?

Berlin, den 14. August 2019

Christian Lindner und Fraktion